

BVG/0022/2020

Parteienantrag BVG

Sachbearbeiter:

Az:

Datum: 21.02.2020

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Sozial- und Jugendangelegenheiten		Vorberatung	
Haupt- und Finanzausschuss		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung	19.03.2020	Entscheidung	

**Weiterführung der Rentenberatung;
Prüfantrag der BVG-Fraktion vom 03.02.2020****Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, zu berichten wie die Fallzahlen der Rentenberatung sich in der Vergangenheit entwickelt haben, um der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidungsgrundlage dafür zu geben, ob dieser Service unserer Stadt in Zukunft weiter notwendig ist.

Begründung:

Die Rentenberatung ist keine Pflichtaufgabe der Kommunen und wird von der Stadt GroßUmstadt angeboten, um den Rentnern weite Wege zu ersparen. Im Zeitalter des Internets und der modernen Kommunikationsmöglichkeiten die auch den älteren Menschen zugänglich sind und von ihnen genutzt werden, erscheint es angezeigt, zu überprüfen, ob dieser Service auch in Zukunft noch notwendig ist und mit vertretbarem Aufwand zur Verfügung gestellt werden kann.